

Vorschrift der Aufsichtsbehörden

US-Grossbanken brauchen dickere Liquiditätspolster

4.9.2014,



Die US-Notenbankchefin Janet Yellen fordert höhere Liquiditätspolster für die US-Banken.
(Bild: Keystone / Susan Walsh)

(sda/dpa) US-Grossbanken brauchen künftig eine höhere Liquiditätsvorsorge. Die Finanzaufsichtsbehörden fordern von den Instituten eine Notvorsorge an als sicher geltenden Wertanlagen, die kurzfristig zu Geld zu machen sind. Das beschlossen die US-Notenbank Fed und Aufsichtsbehörden wie die FDIC am Mittwoch (Ortszeit) in Washington.

Der einzurichtende Schutzwall an hochwertigen Anlagen wie Zentralbankreserven oder Staatsanleihen soll sicherstellen, dass sich die Geldhäuser mindestens über eine 30-tägige Stressperiode flüssig halten können. So soll künftig die Staatskasse verschont und zugleich verhindert werden, dass Liquiditätslücken zu Finanzkrisen werden.

In der Finanzkrise 2008, als der Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers die Weltwirtschaft erschütterte, war das Misstrauen der Banken untereinander so gross, dass die kurzfristigen Kreditmärkte komplett einfroren. Wenn sich die Akteure am Geldmarkt keine Mittel mehr leihen, droht akute Pleitegefahr.

Es spielt dann keine grosse Rolle mehr, wie viele langfristige Vermögenswerte die Institute auf den Büchern haben. Denn diese Anlagen können häufig nicht schnell genug liquidiert werden, um fällige Rechnungen zu begleichen. Weil die Grossbanken über die internationalen Finanzmärkte so stark miteinander verflochten sind, kann ein Geldhaus leicht andere mit in den Abgrund reissen.

Um ebendies zu verhindern, wurden Banken in der Krise mit riesigen Summen an Steuergeld gerettet. Das soll in Zukunft durch verschärfte Regulierung verhindert werden. Allerdings hat die Bankenlobby die nun nach und nach beschlossenen Regeln über Jahre zu entschärfen versucht. Viele Experten sprechen mittlerweile von einem Papiertiger.

Alleine die am Mittwoch beschlossenen Vorschriften zur Liquiditätsvorsorge bringen es auf 400 Seiten. Die noch komplexere Dodd-Frank-Gesetzesreform, mit der US-Präsident Barack Obama die Wall Street an die Leine

legen wollte, hat fast 1000 Seiten. Kritiker sagen, in dem Regeldickicht behielten nur die teuren Anwälte der Finanzindustrie den Überblick.